



# Überbrückungshilfe

**Kinder nicht verheirateter Eltern haben während des Verfahrens zur Regelung des Unterhalts Anspruch auf Überbrückungshilfe ihrer Wohnsitzgemeinde. Ein Gesuch für Überbrückungshilfe reichen Sie bei der Alimentenhilfe<sup>1</sup> ein. Das Gesuch sowie die Adressen finden Sie unter [www.zh.ch/alimentenhilfe](http://www.zh.ch/alimentenhilfe) → Überbrückungshilfe.**

**Überbrückungshilfe kann nur ausbezahlt werden, wenn mit einiger Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden kann, dass in der entsprechenden Höhe auch Unterhalt zugesprochen wird. Daher muss die Höhe des beantragten Überbrückungsbeitrags begründet und die entsprechende Zahlungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen glaubhaft gemacht werden. Wird die Vaterschaft bestritten, kann keine Überbrückungshilfe ausbezahlt werden. In diesen Fällen ist im Rahmen des Vaterschafts- und Unterhaltsprozesses ein Begehren auf vorsorgliche Massnahmen einzureichen.**

## **Voraussetzung**

- Die Unterhaltsklage ist bereits rechtshängig.
- Mit dem Gesuch wird der voraussichtliche Unterhaltsbeitrag beziffert und glaubhaft dargelegt, dass ein Unterhaltsbeitrag in dieser Höhe aufgrund der finanziellen Verhältnisse des eingeklagten Vaters auch angemessen ist.
- Einkommen und Vermögen des Haushalts liegen unter den Grenzen in der Verordnung zur Alimentenhilfe (vgl. Merkblatt «Berechnung des Anspruchs auf Alimentenbevorschussung und Überbrückungshilfe»).

## **Dauer der Ausrichtung von Überbrückungshilfe**

Die Überbrückungshilfe wird erstmals für den Monat ausgerichtet, in dem

- eine Unterhaltsklage rechtshängig ist,
- das Gesuch bei der Alimentenhilfe eingereicht wurde
- die übrigen Voraussetzungen, insbesondere bezüglich der anerkannten Lebenskosten und der anrechenbaren Einnahmen, erfüllt sind.

Die Ausrichtung erfolgt bis zur Vorlage eines vollstreckbaren Unterhaltstitels, längstens aber bis zum vollendeten vierten Altersjahr des Kindes.

<sup>1</sup> Mit Alimentenhilfestelle ist immer auch die Alimentenstelle der Stadt Zürich gemeint.

**Einzureichende Unterlagen**

- Wohnsitzbestätigung
- AHV-Nummern aller im Haushalt lebenden Personen
- Unterlagen zu den Einnahmen und zum Vermögen aller im Haushalt lebenden Personen
- Nachweis der Rechtshängigkeit der Unterhaltsklage
- Angabe des voraussichtlichen Unterhaltsbeitrags mit der Begründung der Angemessenheit

Diese Unterlagen müssen spätestens zwei Monate nach der Gesuchstellung lückenlos vorliegen, sonst kann auf das Gesuch nicht eingegangen werden.

**Veränderte Verhältnisse**

Veränderungen der gemachten Angaben müssen der Alimenthilfe unverzüglich gemeldet werden. Dazu gehören zum Beispiel: Vorliegen eines erstinstanzlichen Unterhaltsurteils oder Unterhaltsvertrags, Veränderung des Zivilstands, Umzug, Veränderungen beim Einkommen oder Vermögen etc.). Jede Verletzung der Mitteilungspflicht führt zu einer Rückforderung der finanziellen Leistungen, wenn die Voraussetzungen dafür nicht mehr gegeben sind/waren.

Bei unregelmässigem Erwerbseinkommen sind die gesuchstellenden Personen verpflichtet, alle drei Monate die Lohnbelege einzureichen. Werden die Lohnbelege nicht fristgerecht der Alimentenhilfe zugestellt, werden die Leistungen eingestellt.

**Rückerstattung**

Die zum Unterhalt berechtigten Personen, das heisst die Antragstellenden der Überbrückungshilfe, müssen nur dann Rückzahlungen leisten, wenn die Leistungen zu Unrecht ausgerichtet wurden.

